



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2021/0380

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

26.01.2021

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Finanz- und Digitalisierungsausschuss	08.02.2021	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	22.02.2021	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Bereitstellung von medizinischen Masken
- Antrag der Gruppe DIE LINKE vom 25.01.2021

Anlage/n:

0380 - Antrag



Ratsgruppe DIE LINKE
Humboldtstr. 21
51379 Leverkusen

25.01.2021

Stadt Leverkusen trägt Verantwortung: Masken für alle Menschen!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates und der zuständigen Gremien:

- 1.) Bezieher*innen von Sozialleistungen erhalten kostenlos OP-Masken durch die Stadt.
- 2.) Zu einem subventionierten Preis (analog zu dem Bezugspreis für Menschen über 60) werden diesen Menschen auch FFP2-Masken zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Abgabe zu organisieren.
- 3.) Kinder und Schüler*innen in der Notbetreuung sowie das entsprechende Aufsichtspersonal erhalten durch die Stadt kostenlos OP-Masken bzw. subventionierte FFP2 Masken.
- 4.) Personen, die berechtigt sind die Masken kostenlos zu erhalten, werden durch die Stadt informiert.
- 5.) Die Stadt Leverkusen setzt sich beim Bund dafür ein, dass Pandemie-bedingte Mehrkosten für diesen Personenkreis in die Regelsätze aufgenommen werden.

Begründung:

Bund und Länder haben sich beim Corona-Gipfel geeinigt, dass in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Geschäften und in Gottesdiensten Masken getragen werden müssen, die besser als Alltagsmasken aus Stoff schützen. Das können OP-Masken, FFP2-Masken oder auch KN95-Masken sein, die einen vergleichbaren Standard haben.

Für alle Bürger*innen gilt: Stoffmasken reichen nicht mehr aus. Zertifizierte Masken mit erhöhter Schutzwirkung gelten als Einmal-Masken und müssen nach Gebrauch erneuert werden. Dies bedeutet Mehrkosten, die durch die Beträge, die in Grundsicherung, Alg II und Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht abgedeckt sind.

Für Menschen, die ohnehin jeden Cent dreimal umdrehen müssen, sind diese Ausgaben nicht mehr leistbar.

Die Stadt Leverkusen steht in der Verantwortung, auch diese Bürger*innen zu schützen und ihnen die Teilhabe am alltäglichen Leben zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Keneth Dietrich

Gisela Kronenberg

Die LINKE